

standpunkt

vpod  bern november 2015



Für eine gute Psychiatrie 3

Die Kundgebung vor dem Grossen Rat fordert eine gute Psychiatrie im Kanton Bern:

Montag, 16. November 2015,
13–14 Uhr

Rathausplatz Bern

Psychiatrie de qualité 3

Manifestation à Berne le 16 novembre 13 heures: «Pour le maintien d'une psychiatrie de qualité».

Schule mit Alters- und Leistungsdurchmischung 4, 5

Interview mit Peter Staudenmann, Lehrer an der Mosaikschule Munsinger in Bern.



Rückblick auf 13 Jahre Sozialwesen

In seinem Hauptwerk «Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II.» hat der französische Historiker Fernand Braudel das Konzept der *longue durée* eingeführt. Mit *longue durée* meint Braudel eine langsam, fast unmerklich fliessende Geschichte, ohne deren Kenntnisse sich die darüber liegende Schicht der traditionellen Ereignisgeschichte nicht verstehen lasse. Eine Differenzierung in unterschiedliche Zeitschichten drängt sich auch bei der Reflexion über die Entwicklungen im Berner Sozialwesen auf.

Am 1. November 2002 versammelten sich über 20'000 BernerInnen auf dem Berner Bundesplatz, um gegen das kantonale Sparpaket Strategische Aufgabenüberprüfung (SAR) zu demonstrieren, von welchem der Sozialbereich mit Kürzungen bei Menschen mit einer Beeinträchtigung, Beschäftigungs- und Integrationsangeboten sowie Frauenhäusern stark betroffen war. Auch am 16. März 2013 protestierten 20'000 Menschen auf dem Bundesplatz. Dieses Mal richtete sich der Widerstand gegen die Angebots- und Strukturüberprüfung ASP, die einen jährlichen Abbau von bis zu 500 Mio. Franken vorsah. Auch wenn diese wichtigen und erfolgreichen Grosskundgebungen und damit der Widerstand gegen die dahinterstehenden Sparmassnahmen womöglich die aufsehenerregendsten sozialpolitischen Ereignisse im Kanton Bern waren, sollte man sich davon nicht den Blick für tieferliegende Entwicklungen trüben lassen.

Die erste solche Entwicklung ist die um die Jahrtausendwende erfolgte Neuausrichtung bei der Sozialhilfe. In einem fast hundertjährigen Prozess war letztere Schritt für Schritt an die Bedürfnisse einer wirksamen Integration herangeführt worden. Noch im Jahr 2001 brachte die Revision des Sozialhilfegesetzes die dringend nötige



Blaise Kropf ist als Gewerkschaftssekretär seit 2002 für den Sozialbereich zuständig. Ende 2015 verlässt er den VPOD, um bei der Stadt Bern eine neue Stelle anzutreten.

Professionalisierung der Sozialdienste in den Gemeinden. Zwei Jahre später wurde der Bruch aber offensichtlich, als der Grosse Rat mit einer Motion eine massive Absenkung des Sozialhilfeniveaus forderte. Dicht getaktet folgen seither weitere solcher Beschlüsse. Die neueste Forderung zielt auf einen Umbau des Lastenausgleichssystems, welcher eine starke Mehrbelastung von Gemeinden mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Sozialhilfebezügern zur Folge hätte. Damit wird das Rückgrat des für viele andere Kantone Vorbildhaften Berner Sozialwesens ins Visier genommen.

Der zweite Trend kann als ökonomistische Wende in der Sozialpolitik bezeichnet werden. Am besten illustriert diese Tendenz die Umstellung auf die Subjektfinanzierung im Behindertenbereich. Die neue Finanzierung bezweckt, die Autonomie von Menschen mit einer Beeinträchtigung zu erhöhen, was positiv ist. Die Kehrseite der Medaille besteht darin, dass das neue System einen hohen administrativen Aufwand generieren und den sozialpolitischen Spielraum für die Angebotssteuerung einengen wird.

Wie künftig die regionale Verteilung der Angebote, die Honorierung von Ausbildungsleistungen, eine gute Betreuungsqualität und faire Anstellungsbedingungen sichergestellt werden sollen, konnte bisher nicht beantwortet werden. Hingegen wissen wir, welche Schwierigkeiten das marktgesteuerte System im Spitalwesen verursacht.

Fazit: Wer an einer langfristigen Weiterentwicklung eines ausgleichenden, fairen Sozialwesens interessiert ist, tut gut daran, nicht nur den oberflächlichen Wellengang, sondern auch die darunter liegenden Strömungsveränderungen zu beobachten – und darauf Einfluss zu nehmen. Andernfalls drohen strukturelle Veränderungen, welche unser Sozialwesen über sehr lange Zeit prägen und beeinträchtigen werden.

Blaise Kropf

Für eine gute Psychiatrie im Kanton Bern

Bitte aufhängen

Montag, 16. November 2015
13 – 14 Uhr, Rathausplatz Bern

Im Zusammenhang mit der Auslagerung werden den psychiatrischen Kliniken im Kanton Bern schmerzhafteste Vorgaben zum Erreichen einer ausgeglichenen Rechnung gemacht. Diese Sparvorgaben können dramatische Konsequenzen wie Unterversorgung, Qualitätsverlust, Abwanderung und letztlich auch Mehrkosten für die Psychiatrieversorgung haben. Um dies zu verhindern, sammeln wir Unterschriften für eine Petition:

- Für qualitativ hochstehende ambulante und stationäre Angebote in der Psychiatrie für die ganze Bevölkerung im Kanton Bern.
- Faire Anstellungsbedingungen für alle Angestellten in der Psychiatrie, die es ihnen erlauben, menschlich und qualitativ hochstehend zu behandeln, pflegen und betreuen.

- Ausreichende Finanzierung der Psychiatrischen Kliniken, damit sie auch als Aktiengesellschaften ihrer Verantwortung und ihren Aufgaben gerecht werden können.
- Genügend finanzielle Mittel, damit alle Angestellten, die ihre Stelle verlieren, von den Leistungen nach Personalgesetz und Stellenvermittlungsverordnung (ähnlich einem Sozialplan) profitieren.

Die Petition online unterschreiben

www.gute-psychiatrie.ch

Unterschriftenbogen info@vpodbern.ch

Die Unterschriften überreichen wir am 16. November von 13 bis 14 Uhr dem Grossen Rat und dem Regierungsrat. Wir freuen uns, wenn VIELE aus der Psychiatrie und aus Solidarität an der Kundgebung teilnehmen!



Alters- und Leistungsdurchmischung

Seit gut einem Jahr arbeitet die Oberstufenschule Munzinger in Bern nach einem neuen Schulmodell. Der VPOD sprach mit Peter Staudenmann über seine Erfahrungen.

VPOD: Die Oberstufenschule Munzinger hat auf Schuljahr 2014/15 ein neues Modell eingeführt, das sich stark am Mosaik-Modell [siehe Kasten] orientiert. Was war der Grund für den Wechsel?

Peter Staudenmann: Es begann damit, dass der Integrationsartikel des Volksschulgesetzes umgesetzt werden sollte. In unserem damaligen Schulmodell wäre diese Aufgabe grösstenteils den Realklassen zugefallen, die eh schon belastet waren. Unser Kollegium nutzte den Moment, um von Grund auf zu philosophieren, wie unsere ideale Schule aussehen sollte. Dabei sind wir auf die Mosaikschulen in der Ostschweiz gestossen.

Was sind eure Erfahrungen nach einem Jahr?

Unser Schulmodell ist ein Mix aus bestehenden Modellen. Wir haben Mehrjahrgangsklassen, welche auch leistungsdurchmisch sind: Sie umfassen Real-, Sekundar- und KbF-SchülerInnen (KbF=Klasse zur besonderen Förderung). Wir haben lange geprüft, mit welchem Modell wir arbeiten wollen. Ein Schulversuch kam für uns aber nicht infrage. Die Schulkommision hat uns unterstützt! Das Kollegium hat vier Jahre auf diesen Wechsel hin gearbeitet.

Also ist beides – Altersdurchmischung und Leistungsdurchmischung – neu. Wie seid ihr gestartet?

Die Altersdurchmischung hat sich von Beginn weg bewährt. Bei der Leistungsdurchmischung gingen wir zu stark davon aus, für die Niveaus getrennte Aufträge geben zu müssen.

Kannst du das präzisieren?

Wir haben erkannt, dass wir nicht

pro Leistungsniveau und Jahrgang eine Aufgabe formulieren müssen, sondern jeweils mit allen eine Einführung machen, dann aber verschiedene Materialien bereitstellen.

Was sind dies für Materialien, die du bereitstellst?

Wenn ich als Lernziel die Verbesserung der geografischen Kenntnisse von Europa setze, lasse ich zuerst den Umriss des Kontinents aus der Erinnerung skizzieren und das Datum dazu schreiben. So dokumentiert jedes den aktuellen Stand seines Wissens. Dann geht es ans Ergänzen und Verbessern. Dazu stelle ich Karten und den Atlas zur Verfügung. Auch das Internet hilft. Die Jugendlichen arbeiten dann im SOL [siehe Kasten] allein oder zu zweit. Nach einer Woche zeichnet jedes wieder sein aktuelles Bild von Europa. Der Lernzuwachs ist im Vergleich mit der ersten Skizze augenfällig, aber nicht bei allen gleich. Für uns Lehrpersonen ist das nicht mehr Arbeit, aber es erfordert ein Umdenken in der Methodik.

Wie reagieren die Jugendlichen auf diese neue Methode?

Die meisten schätzen es, ihre Arbeit teilweise selber organisieren zu können. Sichtbarer Lernzuwachs motiviert sie. Sie analysieren im Rückbesinnungsprozess und im Gespräch mit anderen SchülerInnen, was sie können, was nicht und erkennen ihre Fortschritte. Wir führen regelmässige Standort- und Coaching-Gespräche mit ihnen.

Ein wichtiges Element im Mosaik-Modell sind die Lerngruppen.

Das ist richtig. Durch den Austausch in den Lerngruppen können die Jugendlichen einerseits das Gelernte weitergeben, was sie als positiv und motivierend erleben, andererseits nehmen sie Rat oder Kritik von MitschülerInnen mitunter eher entgegen als von einer Lehrperson. Wir haben auch

gelernt, dass wir den Lerngruppen nicht zu viel vorgeben dürfen, sonst rebellieren sie. Sie wollen ihren Weg selber erarbeiten. Für mich als Lehrer bedeutet dies, dass ich lernen muss es auszuhalten, dass mal etwas schief geht. Es lohnt sich, die Lerngruppen oder die Klassenrunde mitentscheiden zu lassen. Damit nehmen wir die Jugendlichen ernst.

Wie ist die Akzeptanz eures Schulmodells bei den Eltern?

Ich darf sagen, dass wir viel «Vorschuss-Vertrauen» bekommen haben. Mit einem solchen Schulmodell dürfen oder müssen die Jugendlichen viel selber entscheiden und Verantwortung tragen für ihr Lernen. Das kann bei Eltern Angst auslösen. Sie müssen – wie ich auch – lernen, ein Stück weit auf Kontrolle und Steuerung zu verzichten. Natürlich hat Skepsis bestanden. Berichtet ein Kind zu Hause aber positiv, lernt es gerne und geht es gerne zur Schule, so können die Eltern ihre Skepsis schnell ablegen. Das bestätigen die Rückmeldungen der Elternräte.



Peter Staudenmann

schung bewähren sich

Ist die Akzeptanz der Eltern abhängig vom Stadtteil?

Die Akzeptanz ist eher davon abhängig, wie bildungsnah Eltern sind. Viele sind begeistert, wenn ihr lernfreudiges Kind nicht mehr durch einen eher starren Lernprozess gebremst wird. Andere realisieren, dass ihre Tochter oder ihr Sohn durch das gemeinsame Lernen mit Leistungsstarken grosse Fortschritte macht.

Wie begegnet ihr Vorwürfen wie «die Jugendlichen können in der Schule den ganzen Tag träumen» oder «die Lehrperson muss gar nichts mehr arbeiten, wenn die Jugendlichen für sich selber lernen»
Ich habe gerne Besuch. Die Eltern können sich den Unterricht anschauen und sehen, wie und dass es funktioniert.

Wie wirkt euer Schulmodell gegen aussen, wie ist das Interesse Dritter?

Es gibt grosses Interesse über Bern hinaus! Wir erhalten regelmässig Besuch von Lehrkollegien, Schulleitungen und Schulkommissionsmitgliedern. Zu Beginn kamen auch die Presse, Radio und Fernsehen.

Wird der Lehrplan 21 Chance oder Risiko für solche Schulmodelle?

Der Lehrplan 21 erleichtert sie. Er ist ähnlich wie der aktuelle Lehrplan von 1995 und eignet sich zum Differenzieren.

Was empfehlst du KollegInnen, die ebenfalls auf dieses Schulmodell wechseln wollen?

Schulkommission und Elternrat müssen spüren, dass das Kollegium diesen Wechsel wirklich will.

Wo siehst du die Vorteile für die SchülerInnen?

Sie profitieren in vielerlei Hinsicht, beispielsweise in den Schlüsselkompetenzen: Sie lernen selbständiges Arbeiten, eine Gruppe leiten, Netzwerken – wo finde ich Ressourcen und mit wem kann ich



Schulhaus Munzinger

meine Arbeit erledigen, Zuhören, Argumentieren. Aber auch bei den Sozialkompetenzen: Wir haben festgestellt, dass die Stimmung auf dem Pausenhof viel entspannter ist. Und wir haben weniger Vandalismus im Schulhaus.

Und wo siehst du die Vorteile für die Lehrpersonen?

Mit diesem Schulmodell kann ich dem einzelnen Lernenden besser gerecht werden. Auch schaffen wir einen wichtigen Schritt Richtung Chancengerechtigkeit. Die Lehrperson sieht während den SOL-Lektionen viel mehr. Insbesondere, wo sie Hilfe bieten und unterstützen kann oder muss. Und mit der Arbeit der IF-Lehrperson in der Klasse, zum Teil im Team-Teaching, wird Integration gelebt und separierender Spezialunterricht ist kaum nötig.

Interview: Béatrice Stucki

Chance auf soziale Kurskorrektur

Der Widerstand gegen den unsozialen Abbau bei den Krankenkassen-Prämienverbilligungen trägt Früchte. Vor wenigen Tagen konnten über 18'000 Unterschriften für die Prämienverbilligungs-Initiative eingereicht werden. Nun kommt es am 28. Februar 2016 zur entscheidenden Abstimmung.

Im Jahr 2013 beschloss der Grosse Rat im Rahmen des Sparpakets «Angebots- und Strukturüberprüfung», die Gelder für die Prämienverbilligungen bei der Krankenkasse um 35 Mio. Franken zu kürzen. Um einen chancenreichen Volksvorschlag gegen die unpopuläre Sparmassnahme zu vereiteln, griff die bürgerliche Ratsmehrheit in die Trickkiste und stellte der Gesetzesänderung einen von niemandem gewollten Eventualantrag zur Seite.

Falschspielerrechnung ging nicht auf

Wenn die bürgerlichen Parteien gehofft hatten, mit diesem Falschspielertrick die von ihnen gefürchtete Volksabstimmung umgehen zu können, haben sie sich getäuscht. Denn statt eines Volksvorschlags lancierten Gewerkschaften, Grüne und SP sowohl ein Referendum als auch eine Initiative. Mit dem Referendum wird der laufende Abbau gestoppt, während mit der Initiative der bereits erfolgte Abbau rückgängig gemacht wird. Im Mai konnte das Referendumskomitee rund 12'500 gültige Unterschriften gegen die Gesetzesrevision bei der Staatskanzlei einreichen; es übertraf die erforderliche Unterschriftenzahl damit deutlich. Das gleiche wiederholte sich mit der Initiative «Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen»: Anfangs November konnte der VPOD im Verbund mit dem Gewerkschaftsbund des Kantons Bern, den Grünen und der SP 18'171 gültige Unterschriften einreichen. Der VPOD dankt allen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben, ganz herzlich.



Entscheidende Abstimmung

Wie geht es nun weiter? Am 28. Februar 2016 findet die Abstimmung über die den Sparmassnahmen zugrundeliegende Gesetzesänderung statt. Wie erwähnt werden dabei eine Hauptvorlage und ein Eventualantrag vorliegen. Der VPOD setzt sich für ein doppeltes Nein ein. Denn nur ein doppeltes Nein schafft die Voraussetzungen, damit bei den Prämienverbilligungen zur bewährten Praxis bis ins Jahr 2013 zurückgekehrt werden kann und die von Kürzungen und Streichungen betroffenen Menschen ihre Prämienverbilligung zurückerhalten. Ein doppeltes Nein zwingt Regierungsrat und Parlament, eine sozialverträgliche Lösung zu akzeptieren.

Der Wurstelei ein Ende setzen

Ein deutliches Volks-Nein zur Abbauvorlage ist auch deshalb nötig, weil der Regierungsrat den Überblick über den von ihm verursachten Abbau völlig verloren hat. Bestes Beispiel: Im Jahr 2014 wollte der Regierungsrat bei den Prämienverbilligungen 24 Mio. Franken einsparen – herausgekommen sind dann allerdings ganze 52 Mio. Franken. Mehr als doppelt so viel wie geplant! Statt diese

Unverschämtheit zu korrigieren, beschloss derselbe Regierungsrat, den Kantonsbeitrag im Jahr 2016 noch ein weiteres Mal zu verringern. Damit hätte der Kanton Bern seinen Beitrag von 129 Mio. Franken im Jahr 2012 bis auf 49 Mio. Franken im Jahr 2016 gekürzt – ein Abbau von 80 Mio. Franken. Bei den Prämienverbilligungen geht es aber nicht einfach um Frankenbeträge, sondern um Menschen. Und hier sieht die Bilanz folgendermassen aus: Zwischen dem Jahr 2002 und 2014 reduzierte sich die Anzahl der BezügerInnen von Prämienverbilligungen um 100'000 Personen – und das, obwohl die Bevölkerung des Kantons Bern im gleichen Zeitraum um über 50'000 Menschen wuchs und die Krankenkassenprämien Jahr für Jahr anstiegen.

Mit einem doppelten Nein zur Revision des Einführungsgesetzes über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung am 28. Februar können wir dafür sorgen, dass der Kanton Bern bei den Prämienverbilligungen wieder auf den richtigen Weg findet. Nutzen wir diese Chance!

Blaise Kropf

Spardruck und Widerstand

Schon jetzt gibt es eine Flut von Sparanträgen zum Bundespersonal. Mit dem Rechtsrutsch im Nationalrat wird der Druck zunehmen. Nur wenn auch der Widerstand des Personals zunimmt, lassen sich Entlassungen und weitere Verschlechterungen bei Lohn und Rente verhindern.

Via Medien und mit Vorstössen im Parlament auf dem Bundespersonal herumhacken war Teil der erfolgreichen Wahlkampagne der SVP; und hat eine doppelte Wirkung:

Bundesrat baut freiwillig ab

Bisher wurde im «alten» Parlament zwar kein einziger Vorstoss zum Personalabbau angenommen. Aber Erfolg hatte der Angriff auf die Bundesverwaltung auch so: In vorausseilendem Gehorsam beschloss der Bundesrat u.a. Verschlechterungen beim Lohnsystem und will Hunderte von Stellen im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2017-2019 abbauen. Das Personal soll dabei überdurchschnittlich stark bluten. Details dieses Abbauprogramms gehen Ende November in die Vernehmlassung. Zudem sollen bald



Bald ein SVP-Bundesrat als oberster Personalchef? Bild der Sozialpartnergespräche mit Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

Foto: Oscar Zbinden, Garanto

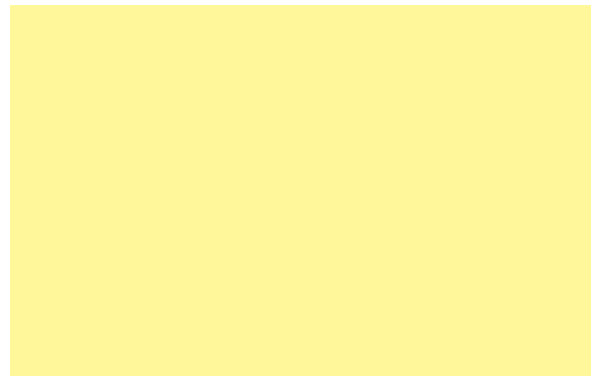
verlässliche Lohnentwicklungen, Ortszulagen und Überbrückungsrenten ganz abgeschafft werden.

Rechter Wahlerfolg mit Folgen

Das «Beamten-Bashing» scheint bei vielen WählerInnen gut angekommen zu sein. Die Mehrheit im Nationalrat ist nun rechtsbürgerlich und unterstützt wohl zunehmend die Angriffe auf das Bundespersonal. Der Ständerat kann zwar korrigierend eingreifen, aber beim Budget gilt bei Differenzen am Schluss der tiefere Aufwandposten und der Nationalrat kann damit im Alleingang radikale Sparmassnahmen beschliessen. Wenn zudem nach den Bundesratswahlen das Finanzdepartement in SVP-Hand kommen sollte, würde sich der Umgang mit dem Personal noch weiter verhärten.

Tausende Bundesangestellte haben eine Protestpetition unterschrieben und sie verbunden mit einer Aktion eingereicht. Beim Zoll gab es Aktionen gegen die Schliessung von Zollstellen. Noch mehr Widerstand wird nötig sein, um weiteren Abbau zu verhindern.

Christof Jakob



Bestellung – Mitgliedschaft

Talon

Anmeldungen auch an: info@vpodbern.ch

- Der VPOD interessiert mich. Schickt mir bitte Informationsmaterial.
- Ich möchte dem VPOD beitreten.
- Ich mache Mitgliederwerbung für den VPOD, schickt mir ___ Expl. Beitrittsunterlagen

Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Beruf

Arbeitsort

Einsenden an: VPOD Bern, Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Telefon 031 371 67 45, Fax 031 372 42 37, E-Mail: info@vpodbern.ch

Veranstaltungen

16. November: Kundgebung für eine gute Psychiatrie

Details siehe Seite 3.

Montag, 16. November 2015, 13-14 Uhr

Rathausplatz Bern

18. November: Wanderung der

VPOD-Pensioniertengruppe

Wahlendorf-Chutzeturm-Lobsigen-Aarberg sind die Stationen auf der leichten dreistündigen Wanderung mit anschliessendem Mittagessen.

Mittwoch, 18. November 2015, 8 Uhr Bern Bahnhof Treffpunkt.

Anmeldung bis 14. November an Werner Schlüter Beul, Tel. 031 371 41 62, E-Mail: wslueter@bluewin.ch

9. Dezember: Gruppe Reinigungspersonal

Offene Vorstandssitzung des Reinigungspersonals beim Bund: Rückmeldung vom Runden Tisch mit dem BBL und Diskussion von Forderungen und Aktionen gegen das Sparen beim Personal.

Mittwoch, 9. Dezember 2015, 13.30 Uhr

VPOD, Monbijoustrasse 61, Bern

Mehr Infos zu aktuellen Veranstaltungen auf www.vpodbern.ch

Aktuell

■ **Ersatzwahl Regierungsrat**

Cja. Nach den Rücktritten der Regierungsräte Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher (beide SP) finden am 28. Februar 2016 Ersatzwahlen statt. Für die Personal-, Gesundheits- und Sozialpolitik im Kanton wird entscheidend sein, ob die SP die Sitze verteidigen kann oder ob diese an die SVP gehen.

■ **VPODlerInnen im Parlament**

Cja. Im letzten Standpunkt hat der VPOD 29 Mitglieder aus dem Kanton Bern zur Wahl in den Nationalrat empfohlen. Herzliche Gratulation an alle Gewählten: Margret Kiener Nellen, Evi Allemann, Nadine Masshardt und Alexander Tschäppät (alle SP) sowie Regula Rytz und Christine Häsler (beide Grüne). Zum Erfolg bei den Ständeratswahlen geht der Glückwunsch an Hans Stöckli.

■ **Feministische Diskussionstage**

Cja. Zum hundertjährigen Jubiläum der sozialistischen Frauenkonferenz in Bern lanciert eine Gruppe von Frauen aus Politik und Kultur die Feministischen Diskussionstage Bern. Ziel des Anlasses ist es, eine Diskussion über die feministische Bewegung zu führen und gemeinsam in die Zukunft zu blicken. Die Veranstaltung beginnt am Samstag, 14. November um 13.15 Uhr im Hotel Bern mit einem Blick zurück auf die Frauenkonferenz von 1915. Anschliessend sind drei Workshops geplant: Einführung in Begriffe und Konzepte des Feminismus, Visionen für den feministischen Kampf und Anerkennung oder Verbot von Prostitution. Am Sonntag, 15. November in der Villa Bernau (Wabern) geht es ab 13.30 Uhr um die Wege die zum Ziel führen. Der Anlass endet mit einem Vernetzungsspeeddating. Anmeldung erwünscht auf www.fedita.ch oder 031 385 22 22. Kosten: 10/15 Franken.